

Menschenrechte in Vietnam

Von Christopher Wimmer

Oktober 2017

Im Sommer 2017 wurde ein ehemaliger vietnamesischer Politiker mitten in Berlin entführt. Dahinter steckt nach allen Indizien die vietnamesische Regierung. Der Fall ist eines der zahlreichen Beispiele für Menschenrechtsverletzungen im südostasiatischen Staat. Gerade Meinungsfreiheit, aber auch die Versammlungs- und Religionsfreiheit sind massiv eingeschränkt. Wichtiger als Menschenrechte sind der vietnamesischen Führung das Wachstum der Wirtschaft und die Sicherung ihrer Macht – internationalen Protesten zum Trotz.

Die Szene erinnert an einen Fernsehkrimi: Bewaffnete Männer zerren auf offener Straße zwei Menschen in ein Auto. Nach Augenzeugenberichten hat sich dies am 23. Juli 2017 gegen 10.40 Uhr in Berlin-Tiergarten genauso zugetragen. Bei dem Entführten handelte es sich um Trinh Xuan Thanh, einen ehemaligen hochrangigen Kader der Kommunistischen Partei Vietnams (KPV) und vormaligen Leiter des staatlichen Öl- und Gaskonzerns Petro Vietnam Construction Company.

Trinh fiel bei der Partei in Ungnade. Ihm wird zur Last gelegt, als Chef des Konzerns umgerechnet rund 125 Millionen Euro unterschlagen zu haben. In Vietnam wurde daher 2016 Haftbefehl gegen ihn erlassen. Trinh floh daraufhin aus Vietnam und lebte seitdem in Deutschland. Er hat hier Asyl beantragt. Acht Tage nach der

Entführung in Berlin tauchte er in einer Sendung des staatlichen vietnamesischen Fernsehens in Hanoi wieder auf. Dort wird er als reumütiger Heimkehrer präsentiert. Angeblich hat er sich freiwillig gestellt. Er wird vermutlich nach Artikel 278 des vietnamesischen Strafgesetzbuchs wegen Unterschlagung angeklagt werden. Die Strafe hierfür reicht von 20 Jahren Haft bis zur Todesstrafe, wenn der Unterschlagungswert mehr als 500 Millionen Dong (ungefähr 18 500 Euro) beträgt. Der Prozess gegen Trinh wird aktuell vorbereitet.

Die Reaktionen der Bundesrepublik auf diesen Vorfall waren eindeutig. Der Generalbundesanwalt hat am 10. August die Ermittlungen übernommen. Diese sind noch nicht abgeschlossen, es deutet jedoch alles darauf hin, dass der vietnamesische Geheimdienst und die Botschaft an

der Entführung mitgewirkt haben.¹ Als Konsequenz wurde Anfang August der Vertreter des vietnamesischen Geheimdienstes an der Botschaft in Berlin aus Deutschland ausgewiesen. Ebenso wurde die Strategische Partnerschaft der Bundesrepublik mit Vietnam vorübergehend ausgesetzt.

Hinter der Strafverfolgung werden Machtkämpfe innerhalb der KPV vermutet. Trinh war lange Führungskader der Kommunistischen Partei und gehörte dort dem Reformflügel an. Dieser wird aktuell von den Traditionalisten unter dem KP-Generalsekretär Nguyen Phu Trong, die ihre Macht beweisen wollen, nach und nach aus den Ämtern gedrängt.

Einschränkungen auf allen Ebenen

Die Verhaftung Trinh's wirft jedoch nicht nur ein Schlaglicht auf innerparteiliche Machtkämpfe, sondern auch auf die Bedeutung der Menschenrechte in der sozialistischen Republik. Trotz der scharfen Kritik der Bundesrepublik scheint Vietnam sein Verhalten nicht zu ändern und nicht einzulenken. Die Menschenrechte spielen keine Rolle.

Grundrechte wie das Recht auf freie Meinungsäußerung, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit unterliegen in Vietnam drastischen Einschränkungen. In Vietnam werden keine dieser Grundfreiheiten uneingeschränkt gewährt, vielmehr sind Repressionen gegenüber der Zivilgesellschaft und regierungskritischen Aktivist*innen an der Tagesordnung.

Ebenso werden Medien und die Justiz von staatlichen Stellen kontrolliert. Im jüngsten Pressefreiheitsindex von Reporter ohne Grenzen steht Vietnam auf Platz 175 von 180 Ländern.² Die NGO urteilt, dass »Blogger und Bürgerjournalisten massiv verfolgt [werden], die praktisch die einzige Quelle für unabhängige Informationen sind.« Mindestens 15 von ihnen sitzen derzeit in Haft.

Regierungskritiker*innen werden festgenommen, verhaftet, wegen Gefährdung der Staats-

sicherheit angeklagt und meist für schuldig befunden. Die Anklage erfolgt vor allem mit dem Paragraf 79 (»Aktivitäten, die den Sturz der Regierung zum Ziel haben«) und dem Paragraf 88 (»Verbreitung von Propaganda gegen die Sozialistische Republik Vietnam«) des Strafgesetzbuches, welche sich durch ihre Offenheit und Vagheit auszeichnen, sodass relativ willkürlich Handlungen unter diese Paragraphen fallen können.

Im Oktober 2016 wurde die prominente Menschenrechtsverteidigerin Nguyen Ngoc Nhu Quynh, die als Bloggerin unter dem Namen Me Nam (Mother Mushroom) bekannt ist, wegen ihrer regierungskritischen Blogs auf Grundlage von Paragraf 88 des Strafgesetzbuchs festgenommen. Ihr drohen bei einer Verurteilung zwischen drei und 20 Jahre Haft. Offiziell garantiert die vietnamesische Verfassung die Pressefreiheit. Im März 2016 wurden während eines Zeitraums von acht Tagen sieben Aktivist*innen und Regierungskritiker*innen schuldig gesprochen und zu Haftstrafen verurteilt. Zu ihnen gehörten Nguyen Hu Vinh, Gründer des Blogs Anh Ba Sam, und seine Assistentin Nguyen Thị Minh Thuy. Sie wurden zu Gefängnisstrafen von fünf bzw. drei Jahren verurteilt.

Menschen, die ihre Kritik an der Regierungspolitik üben, werden weiterhin durch strafrechtliche und andere Maßnahmen zum Schweigen gebracht. Aktivist*innen wurden umfassend überwacht und schikaniert. Unter ihnen finden sich Arbeits- und Landrechtsaktivist*innen, Blogger*innen, politisch engagierte Personen, Angehörige von Religionsgemeinschaften und ethnischen Minderheiten sowie Verfechter*innen von Menschenrechten und sozialer Gerechtigkeit. Ehemalige politische Gefangene haben eine Webseite³ mit den Namen der gegenwärtig aus politischen Gründen inhaftierten Vietnames*innen eingerichtet. Dort finden sich 74 Namen.

Die Behörden versuchen, die Aktivitäten unabhängiger zivilgesellschaftlicher Gruppen mit allen Mitteln zu verhindern. Dies galt auch für die Teilnehmer*innen an Demonstrationen gegen die vom Stahlwerk der Formosa Plastics Group verursachte Umweltkatastrophe, die verheerende Auswirkungen auf das Leben von über zweihunderttausend Menschen hatte. Im

Frühjahr 2016 fanden im gesamten Land regelmäßige Demonstrationen statt.⁴ Dabei kam es zu Angriffen auf Teilnehmer*innen sowie Organisator*innen durch die Polizei und Personen in Zivilkleidung sowie zu massenhaften Festnahmen.

Neben diesen alltäglichen Verstößen gegen Grundrechte ist diese Politik auch in den Gesetzen eingeschrieben: In Vietnam gilt, wie im Fall Trinh Xuan Thanks bereits erwähnt, nach wie vor die Todesstrafe. Todesurteile werden immer noch verhängt und durchgeführt. Wie viele es sind und waren, ist jedoch unklar. Die diesbezüglichen offiziellen Statistiken gelten noch immer als Staatsgeheimnis. Im Februar 2017 gab die vietnamesische Regierung erstmals nach vielen Jahren Zahlen bekannt. Demnach wurden im Zeitraum Juni 2013 bis Juni 2016 insgesamt 429 Menschen exekutiert und 1.134 Todesurteile ausgesprochen. Zu den Verbrechen, die mit dem Tod bestraft werden können, zählen sowohl Delikte wie Mord als auch Verbrechen wie Vergewaltigung, Drogenhandel, die Gefährdung der nationalen Sicherheit oder wirtschaftskriminelle Handlungen.

Klima der Straflosigkeit

All dies wäre schon schwerwiegend genug. Doch Menschenrechtsverteidiger*innen sehen sich zudem regelmäßiger Schikane ausgesetzt, die außerhalb des gesetzlichen Rahmens liegt wie Überwachung, Einschränkungen der Bewegungsfreiheit, willkürliche kurzzeitige Inhaftierungen sowie tätliche Angriffe durch Unbekannte, die mutmaßlich in Absprache mit den Sicherheitskräften handeln. Alles dies gehört in Vietnam zur Tagesordnung.

Genau solche Vorfälle dokumentiert der 65-seitigen Bericht »No Country for Human Rights« von Human Rights Watch,⁵ der im Sommer diesen Jahres erschienen ist. Dort werden 36 Vorfälle im Zeitraum Januar 2015 bis April 2017 beschrieben, bei denen unbekannte Männer in Zivil Aktivist*innen und Blogger*innen verprügelt und die Betroffenen oft schwer verletzt haben. Viele Opfer berichten, dass sich die Angriffe in Anwesenheit uniformierter Polizisten ereigneten, die jedoch nicht eingriffen. Die

Staatsgewalt unternimmt nichts dagegen, dass Aktivist*innen bedroht, eingeschüchtert und verletzt werden. Vielmehr noch. Für die Täter herrscht ein Klima der Straflosigkeit.

In vielen Fällen ereigneten sich die Übergriffe tagsüber und auf offener Straße. So wurde etwa der Umweltaktivist La Viet Dung im Juli 2016 in Hanoi attackiert, als er auf dem Heimweg von einem Fußballspiel war. Unbekannte griffen ihn mit einem Pflasterstein an und fügten ihm eine Schädelfraktur zu. Im Juni 2017 schlug ein Unbekannter den Demokratieaktivisten Nguyen Van Thanh in einem Café in Da Nang ins Gesicht. Statt den Überfall zu untersuchen, verhafteten die Polizisten Nguyen selbst, hielten ihn Stunden lang fest und befragten ihn zu seinen politischen Schriften. Der bekannte Menschenrechtsanwalt Nguyen Van Dai und seine Kollegin Le Thu Ha wurden im Dezember 2015 unter Paragraph 88 des Strafgesetzbuchs festgenommen. Wenige Tage zuvor hatten sie in der Provinz Nghe einen Workshop zum Thema Menschenrechte abgehalten. Sie wurden von 20 Männern in Zivilkleidung brutal angegriffen und verhaftet. Die Angreifer wurden nie zur Rechenschaft gezogen. In anderen Fällen zerrten unbekannte Männer Aktivisten in Autos oder Lieferwagen und verprügelten sie. Ein Schelm, wer an die Geschehnisse in Berlin denkt.

Die Liste solcher Fälle ist lang. Bis auf eine Ausnahme wurden die Täter der im Bericht dokumentierten Fälle weder identifiziert noch verfolgt – obwohl viele Opfer die Übergriffe bei der Polizei angezeigt haben. Das wirft Fragen darüber auf, welche Beziehungen die staatlichen Behörden zu den Angreifern haben.

In diesem nahezu rechtsfreien Klima sind auch Folter und andere Misshandlungen wie Einzelhaft, Verweigerung von medizinischer Versorgung oder körperliche Gewalt wie Schläge oder Elektroschocks keine Ausnahme: Den Landrechtsaktivisten Bui Thị Minh Hang und Tran Thị Thúy wird seit 2015 die angemessene medizinische Behandlung verweigert. Der katholische Aktivist Dang Xuxn Dieu wurde mehrmals für längere Zeiträume in Einzelhaft gehalten und gefoltert. Im Jahr 2015 gab es Meldungen über mindestens sieben Todesfälle in Gewahrsam, bei denen Verdacht auf Folter oder andere Misshandlungen durch die Polizei bestand.

Fokus auf Wirtschaftswachstum

Auch wenn durch Berichte von NGOs oder von Einzelpersonen solche Menschenrechtsverletzungen immer häufiger über das Internet an die Öffentlichkeit kommen, ändert die Regierung des sozialistischen Einparteiensstaats nichts an ihrer Haltung. Sie baut in erster Linie auf wirtschaftliches Wachstum, um ihre Macht im Land zu sichern. Wirtschaftliche Interessen werden als bedeutender angesehen als die sich dauernd verschlechternde Menschenrechtslage. Noch scheint die Stimmung im Land der Regierung dabei gewogen. Denn seit Beginn der marktwirtschaftlichen Reformen in den achtziger Jahren steigt das Bruttoinlandsprodukt stetig. Dieses wuchs auf Grund von Tourismus, Rohstoffexporten, Textil- und Elektronikfabriken in den vergangenen Jahren durchschnittlich um sechs Prozent. Zum einen ist dieses Wachstum Garant für die Stabilität der Herrschaft der KPV. Zum anderen ist es aber auch die Grundlage für die Freihandelsabkommen, die Vietnam in den letzten Jahren unter anderem mit den USA und der EU geschlossen hat.⁶ Vietnam erhofft sich durch den Freihandel weiteren Aufschwung, um das selbst gesteckte Ziel bis 2020 Industrienation zu werden erfüllen zu können.

Im Zuge der Verhandlungen um die Freihandelsabkommen flammte die Diskussion um Menschenrechte wieder auf, da die westlichen Länder Zugeständnisse von Vietnam in diesem Bereich forderten. Vietnam verpflichtet sich in den Abkommen schriftlich, sowohl Presse- und Meinungsfreiheit als auch das Recht auf freie Versammlung und die Bildung autonomer Gewerkschaften zu garantieren. Ebenso verpflichtete sich das Land, Umweltschutzmaßnahmen strik-

ter einzuhalten und die Internetregulationen zu lockern.

Während den Verhandlungen mit den USA beziehungsweise der EU ging dann auch die Zahl der politisch motivierten Verhaftungen zurück. Es ist denkbar, dass die vietnamesische Regierung mit diesem Rückgang von Verhaftungen und Prozessen punkten wollte. Gleichzeitig bezweifeln Kritiker*innen jedoch, dass es dauerhaft und nachhaltig zu einer auch nur ansatzweisen Implementierung der genannten Vereinbarungen kommen wird. Dafür spricht die Tatsache, dass die oben erwähnten dokumentierten Angriffe genau zur Zeit der Verhandlungen zugenommen haben. Es scheint, als ob die vietnamesische Regierung andere Mittel gefunden hat, um Oppositionelle weiterhin zu verfolgen.

Zentraler Bezugspunkt der KPV bleibt ihr Fokus auf ihre Machtsicherung und das Wirtschaftswachstum. Doch ewig wird das Wachstum nicht anhalten. Auch aktuell werden schon die Grenzen der vietnamesischen »Marktwirtschaft mit sozialistischer Prägung« deutlich. Arbeitsplätze werden knapp, die Inflation nagt am Ersparten der Mittelschicht, und die Armut geht kaum noch zurück, weil Lohnerhöhungen gering ausfallen. Wenn dieser Negativtrend für die Mehrheit der Bevölkerung spürbar wird, könnte die Macht der Partei brüchig(er) werden.

Für die Zivilgesellschaft könnte dies jedoch mit noch stärkerer Repression verbunden sein. Auch wenn das Internet – trotz der Zensur in Vietnam – vermehrt Möglichkeiten der Vernetzung und des Widerstands bietet, haben jahrzehntelange, teilweise tödliche Repression ihre Spuren hinterlassen. Es steht nicht gut für die Streiter*innen für Menschenrechte in Vietnam.

Anmerkungen

- 1 Stellungnahme der Bundesregierung: <https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2017/09/2017-09-22-vietnam.html>
- 2 Rangliste der Pressefreiheit: <https://www.reporter-ohne-grenzen.de/rangliste/2017/?L=0>
- 3 Liste von politisch Gefangenen in Vietnam: <http://fvvoc.org/danh-sach-tnlt-list-of-poc/>
- 4 Peter Nowak: Giftige Geschäfte. In: <https://jungle.world/artikel/2016/34/54726.html>
- 5 Human Rights Watch: No Country for Human Rights Activists: Assaults on Bloggers and Democracy Campaigners in Vietnam. <https://www.hrw.org/report/2017/06/18/no-country-human-rights-activists/assaults-bloggers-and-democracy-campaigners>
- 6 Christopher Wimmer: Freihandelsabkommen mit Vietnam. In: <https://www.asienhaus.de/publikationen/detail/blickwechsel-freihandelsabkommen-mit-vietnam/>

Der Autor

Christopher Wimmer promoviert derzeit in Soziologie in Berlin. 2014 lebte er in Vietnam und schreibt seitdem als freier Autor u. a. für das Neue Deutschland, Freitag und Jungle World. Ebenso ist er in der Redaktion der Zeitschrift Südostasien tätig.

Für den Inhalt dieser Publikation ist allein die Stiftung Asienhaus verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von Engagement Global gGmbH und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wieder.

Gefördert von Engagement Global im Auftrag des



und von



Gefördert aus Mitteln des Kirchlichen Entwicklungsdienstes durch Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst

Die Stiftung Asienhaus

Die Stiftung Asienhaus folgt dem Leitbild »Menschen verbinden, Einsichten fördern, Zukunft gestalten« und trägt dazu bei, Brücken zwischen Zivilgesellschaften in Asien und Europa zu bauen. Sie setzt sich ein für die Verwirklichung der Menschenrechte, für die Stärkung gesellschaftlicher und politischer Teilhabe, sowie für soziale Gerechtigkeit und den Schutz der Umwelt.

Impressum

V. i. S. d. P.:

Monika Schlicher / Stiftung Asienhaus
Hohenzollernring 52 | 50672 Köln | Germany
Tel.: 0221–71 61 21-11

Email: monika.schlicher@asienhaus.de

Web: <http://www.asienhaus.de>

Gesamtausstattung:

Klartext Medienwerkstatt GmbH

(<http://www.k-mw.de>)

Dieses Werk ist unter der Creative-Commons-Lizenz 4.0 (CC BY-SA 4.0) veröffentlicht.